

ALLGEMEINES

Positionspapier zu angemessener Transparenzpflicht. Immer wieder gibt es in den Medien Berichte über den problematischen Umgang mit Geldern im Dritten Sektor. Die Aktive Bürgerschaft e.V. befasst sich seit Langem grundsätzlich und systematisch mit Fragen der Transparenz bei gemeinnützigen Organisationen. Sie hat jetzt ein Positionspapier veröffentlicht, in dem sie den Gesetzgeber auffordert, gemeinnützigen Organisationen eine größere Handlungsfreiheit zu ermöglichen und dafür gleichzeitig eine angemessene Transparenzpflicht einzuführen. Das Papier „Handlungsfreiheit gemeinnütziger Organisationen stärken und zu gesellschaftlicher Transparenz verpflichten“ vom Januar 2012 kann von der Homepage der Aktiven Bürgerschaft unter der URL http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/VAB_Positionspapier_Handlungsfreiheit_und_Transparenz.pdf heruntergeladen werden. *Quelle: Newsletter von Aktive Bürgerschaft e.V. vom 29.2.2012*

Soziale Verantwortung der Unternehmen. Öffentliche Initiativen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Von Jutta Knopf und anderen. Hrsg. Europäische Kommission. Eigenverlag. Luxemburg 2011, 81 S., kostenlos *DZI-E-0061*

Diese kürzlich aktualisierte Broschüre zur Sozialen Verantwortung in Unternehmen (CSR) der EU-Mitgliedstaaten beinhaltet eine Bestandsaufnahme entsprechender Aktivitäten in Bereichen wie Menschenrechte, Klimawandel, Bildung und Umwelt, wobei auch die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und die Offenlegung des CSR thematisiert werden. Darüber hinaus ermöglicht die Handreichung einen Überblick über unterschiedliche Instrumente der Regierungen zur CSR-Förderung wie Rechtsprechung wirtschaftliche und finanzielle Anreize, Informationsarbeit, die Einbeziehung mehrerer Stakeholder sowie Kombinationen der genannten Ansätze. Die im Internet unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=331&langId=de&newsId=1012&furtherNews=yes> einsehbare Publikation enthält zahlreiche Beispiele von CSR-Konzepten, eine Link-Sammlung zu den Websites der Mitgliedstaaten und eine nach Ländern geordnete Übersicht über einzelne Initiativen. Bestellanschrift: Publications Office of the European Union, 2 rue Mercier, 2985 Luxembourg, Luxembourg

Online-Portal ethikdiskurs.de. Seit Sommer 2011 entwickelt das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP) ein Online-Portal und ein Online-Fachjournal mit dem Themenschwerpunkt Ethik im Sozial- und Gesundheitswesen. Auf der Internetseite ethikdiskurs.de stehen Materialien wie Studien, Gesetzes- und Unterrichtstexte, exemplarisch kommentierte Praxisfälle, Forschungsprojekte, Veranstaltungen und Fortbildungen zum Download bereit. Langfristig soll eine wachsende Informations- und Publikationsplattform entstehen, die

den fachlichen Austausch über Ethik in den Fachdisziplinen und in der beruflichen Praxis fördert. Der Start des Onlineportals ist für den Sommer 2012 geplant. Für den Bereich „Forschungsnetz“ sucht das Institut derzeit Angaben über Forschungsprojekte zur Veröffentlichung. Die Projekte können aus den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit, Heilpädagogik oder Altenpflege stammen und sollten einen ethischen Schwerpunkt haben. Interessierte können unter info@ethikdiskurs.de Kontakt zu den Organisatorinnen und Organisatoren des Online-Portals aufnehmen oder einen Rückmeldebogen ausfüllen, der auf der Homepage www.icep-berlin.de geschaltet ist. Weitere Informationen erteilt Anja Nachtigall: anja.nachtigall@icep-berlin.de. *Quelle: Mitteilung des ICEP vom 8.2.2012*

SOZIALES

Rentensysteme und Altersarmut. Die verschiedenen Rentensysteme europäischer Staaten tragen in höchst unterschiedlichem Maße zur Sicherung des Lebensstandards älterer Bürgerinnen und Bürger und zur Vermeidung von Armut im Alter bei. Zudem wird das zukünftige Niveau der sozialen Absicherung im Alter stark vom Zusammenwirken zweier Entwicklungen geprägt sein: vom Wandel der Erwerbsgesellschaft, der mit der Zunahme atypischer Erwerbsbiographien verbunden ist, und von den jüngsten Änderungen in der Rentenpolitik. Diesen Entwicklungstrends ging das Institut für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik der Universität Linz in einer vergleichenden Politikanalyse Großbritanniens, der Niederlande, Deutschlands und Frankreichs für die Friedrich-Ebert-Stiftung nach. Die Analyse zeigt unter anderem, dass Konzepte einer Grundsicherung im Alter in dem Maße stärker thematisiert werden, in dem der Zusammenhang zwischen der Verbreitung von atypischen Erwerbsbiographien und der perspektivischen Zunahme von Altersarmut wächst und als sozialpolitisches Problem erkannt wird. Die Studie ist im Internet unter der URL <http://http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08472.pdf> zu finden. *Quelle: BfS trend informationen vom 10.2.2012*

Land ohne Kinder – Deutschlands Armutsfälle.

Von Manfred Drews. Verlag Dr. Manfred Drews. Tornesch 2011, 35 S., EUR 14,50 *DZI-E-0143*

Deutschland hat mit einer seit Jahrzehnten zu niedrigen Geburtenzahl ein Nachwuchsproblem, das nach Auffassung des Autors nicht allein durch Einwanderung gelöst werden kann. Die zu niedrige Geburtenrate stellt im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen Negativrekord dar, der durch Fehlkonstruktionen der deutschen Familienpolitik verursacht sei. Die Fehler seien häufig benannt, aber niemals tatkräftig korrigiert worden. In dieser Schrift wird dargestellt, wie aufgrund des anhaltenden Geburtendefizits die Zahl der Erwerbstätigen und der Wohlstand der Gesamtbevölkerung zurückgeht, warum häufig genannte Ersatzstrategien (längeres

Arbeiten, mehr Bildung und anderes mehr) keine Alternativen sein können und welche familienpolitischen Sofortmaßnahmen möglich und erforderlich sind, um längerfristig den kulturellen und wirtschaftlichen Abwärtstrend aufzuhalten. Bestellanschrift: Verlag Dr. Manfred Drews, Kanaldamm 31, 25436 Tornesch

Immer mehr Pflegebedürftige. Derzeit erhalten rund 2,42 Mio. Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Wie aus dem 5. Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung hervorgeht, betrifft dies zirka 2,29 Mio. Menschen in der gesetzlichen und rund 142 000 Menschen in der privaten Pflegeversicherung. Dem Bericht zufolge erhielten insgesamt rund 1,67 Mio. Pflegebedürftige ambulante Leistungen und 750 000 Pflegebedürftige waren vollstationär untergebracht. Aufgrund der demographischen Entwicklung nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen zu. Im Jahr 2010 betrug der Anstieg rund 2,4 %. Ende 2010 waren in der gesetzlichen Pflegeversicherung von den ambulant Pflegebedürftigen rund 968 000 oder 61,3 % der Pflegestufe 1 (erhebliche Pflegebedürftigkeit) zugeordnet. In Pflegestufe 2 (schwere Pflegebedürftigkeit) waren mit rund 472 000 Menschen 29,9 %, in Pflegestufe 3 (schwerste Pflegebedürftigkeit) zirka 138 000 Menschen eingruppiert. Vollstationär wurden Ende 2010 rund 291 000 Personen versorgt. Sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ist der Anteil der zu Pflegenden in Pflegestufe 1 gestiegen. Ende 2010 bezogen in der privaten Pflegepflichtversicherung rund 99 000 Menschen ambulante und rund 43 000 Menschen stationäre Leistungen. *Quelle: Das Parlament vom 13.2.2012*

GESUNDHEIT

Zentrum für Telemedizin. In Bochum wird aus Mitteln der EU und des Landes Nordrhein-Westfalen das bundesweit erste Zentrum für Telemedizin aufgebaut. Hier sollen telemedizinische Anwendungen wie Teletherapie, Teleradiologie und Telemonitoring erforscht und weiterentwickelt werden. Eine Aufgabe des Zentrums wird der Ausbau der Modellregion Telemedizin Ostwestfalen-Lippe sein. Das Zentrum betreibt das Internetportal telemedizin24.de. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 2/2012*

Rechte von Patienten sollen gesetzlich geregelt werden. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages unterstützt die Forderung nach der Schaffung eines Patientenrechtegesetzes. In der Begründung verweist der Petitionsausschuss unter anderem auf einen Beschluss der Bundesregierung im Rahmen des Koalitionsvertrages, wonach die Patientenrechte in einem eigenen Gesetz gebündelt werden sollen. Schon seit Beginn seiner Tätigkeit im November 2009 habe zudem der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patienten zahlreiche Gespräche mit den Beteiligten aus dem Gesundheitswesen geführt. Seit März 2011 existiert ein

entsprechendes Grundlagenpapier, in dem Vorschläge für das geplante Patientenrechtegesetz zusammengefasst werden. *Quelle: heute im Bundestag vom 29.2.2012*

Alkohol und Arbeitswelt. Neueste Forschungsergebnisse weisen nach, dass bereits sehr viel geringere Mengen Alkohol als bisher angenommen zu einer Beeinträchtigung der Sicherheit am Arbeitsplatz führen. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen hat daher seine Broschüre „Alkohol und Arbeitswelt – Zwei, die nicht zusammenpassen“ vollständig überarbeiten lassen und auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht. Die Broschüre kann im Internet unter der URL http://www.bkk.de/fileadmin/user_upload/PDF/Infomaterial/BKK_Bro_Alk_und_Arbeitswelt_RZ_web.pdf heruntergeladen werden. *Quelle: Die BKK 2/2012*

DAK-Report 2012: Herzinfarkt und Arbeitswelt. Im Mittelpunkt des Ende März erschienenen DAK-Gesundheitsreports 2012 steht das Thema Herzinfarkt. Dabei wird das Augenmerk besonders auf die Herzinfarkt-Gefährdung von Erwerbstätigen gelegt. Der seit mehr als 10 Jahren erscheinende DAK-Gesundheitsreport dokumentiert jährlich die Entwicklung des Krankenstandes in Deutschland und nimmt 2012 insbesondere die psychosozialen Risikofaktoren der Arbeitswelt wie Mobbing, Konflikte und Gratifikationskrisen in den Blick. Er untersucht den Zusammenhang zwischen diesen Faktoren und dem Herzinfarktrisiko, wodurch der Report einen wichtigen Beitrag zur Debatte für eine gesunde Arbeitswelt liefert. Der Report kann im Internet unter der URL <http://www.presse.dak.de/ps.nsf/sbl/7BD114663C6ABDEAC125799D00476AB3?open> abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung des medhochzwei Verlages vom 21.3.2012*

JUGEND UND FAMILIE

Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen. In einem zweieinhalbjährigen gemeinsamen Forschungsprojekt der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und der Fachhochschule Kiel wird untersucht, welche Kompetenzen Fachkräfte in Kindertagesstätten benötigen, um Kindern die Grundlagen von demokratischem Miteinander und gleichberechtigter Teilhabe zu eröffnen. Das Forschungsvorhaben wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der „Ausweitung der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte“ (AWiFF) gefördert, um dem Mangel an Forschung im Kontext frühkindlicher Bildung und Betreuung Rechnung zu tragen und fundierte Kenntnisse zu Ausbildung und Qualifikationsanforderungen frühpädagogischer Fachkräfte zu gewinnen. Die Forscherinnen und Forscher arbeiten mit einem Regionalen Bildungszentrum in Kiel und einem großen Kita-Träger zusammen. *Quelle: Pressemitteilung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vom 27.2.2012*

Studie zu Bildungsunterschieden zwischen reich und arm. Nach einer Studie der Stanford Universität hat sich die Schere zwischen den Ausbildungsabschlüssen von Kindern einkommensschwacher und einkommensstarker Familien innerhalb der vergangenen 25 Jahre um 30 bis 40 % geweitet. Während vor 50 Jahren die Unterschiede in den „academic achievements“ zwischen Schwarzen und Weißen signifikant waren, sind es heute die ungleichen Einkommensverteilungen, die in deutlichen Korrelationen zu den jeweils höchsten erreichten Ausbildungsabschlüssen standen. Die Studie weist nach, dass die Unterschiede analog zueinander gewachsen sind und im Zusammenhang mit der Erosion der Mittelklasse in den USA stehen. Die Studie kann im Internet unter der URL <http://cepa.stanford.edu/sites/default/files/reardon%20whither%20opportunity%20-%20chapter%205.pdf> abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der Stanford University vom Februar 2012*

Fertig sein mit 18? Von Manuela du Bois-Reymond und anderen. Hrsg. SOS-Kinderdorf e.V. Selbstverlag. München 2011, 164 S., EUR 3,50 *DZI-E-0069* Da der Einstieg ins Erwachsenenleben sich für junge Menschen zunehmend schwieriger gestaltet, sind diese häufig auch über die Volljährigkeit hinaus auf pädagogische Unterstützung angewiesen. Diesem Bedarf wurde in der Gesetzgebung Anfang der 1990er-Jahre mit einem Anspruch auf Hilfen für junge Volljährige Rechnung getragen, die den thematischen Schwerpunkt der in dieser Broschüre dokumentierten Fachtagung „Jugendliche und junge Volljährige – eine Randgruppe in der Kinder- und Jugendhilfe“ bildeten. Das Interesse galt dem Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialer Teilhabe, der Entwicklung sinnvoller Perspektiven, empirischen Daten zur Kinder- und Jugendarbeit und der in Interviews untersuchten Einstellung von Jugendlichen zu Themen wie Ausbildung, Wohnen, Finanzen und Familie. Des Weiteren befasste sich die Diskussion mit der Sicht öffentlicher und freier Jugendhilfeträger, dem Konzept der Handlungsbefähigung und der Bedeutung des Lernens. Die Handreichung wendet sich an Fachkräfte der Jugendhilfe und das wissenschaftlich interessierte Lesepublikum. Bestellanschrift: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut, Renatastraße 17, 80639 München, Tel.: 089/126 06-432, E-Mail: info@sos-kinderdorf.de

Steuerratgeber für Eltern behinderter Kinder. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. hat sein jährlich neu erscheinendes Steuermerkblatt aktualisiert. Es folgt dem Aufbau der Formulare für die Steuererklärung 2011, so dass diese schrittweise und schnell bearbeitet werden können. Das Steuermerkblatt 2011/2012 enthält außerdem Hinweise auf Änderungen, die sich durch das Steuervereinfachungsgesetz für das laufende Kalenderjahr 2012 ergeben. Hierzu zählen die rückwirkende Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages auf 1 000 Euro sowie Erleichterungen bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. Anhand vieler konkreter Beispiele wird erläutert, wie Eltern überprüfen können, ob ihnen im Jahr 2012 ein Anspruch auf Kindergeld für ihr erwachsenes Kind mit Behinderung zusteht. Das Steuermerkblatt 2010/2011 steht im Internet unter der URL www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“ kostenlos als Download zur Verfügung oder kann gegen die Zusendung eines mit 55 Cent frankierten und an sich selbst adressierten Rückumschlages an den: BVKM, Stichwort „Steuermerkblatt“, Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, bestellt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. vom 8.2.2012*

Beratungsangebote für transsexuelle und für intersexuelle Minderjährige. Als Transsexuelle werden Menschen bezeichnet, die zwar in der Regel sämtliche biologische Merkmale des einen Geschlechts besitzen, sich aber dem jeweils anderen Geschlecht zugehörig fühlen. Im Gegensatz dazu werde der Begriff „Intersexualität“ für eine Vielzahl an Ausprägungen anatomisch zwischengeschlechtlicher Befunde verwandt. Insoweit handele es sich um zwei verschiedene Phänomene. Der Begriff Transgender wird dagegen überwiegend als politischer und soziologischer Oberbegriff für Personen verwendet, die sich nicht mit der Geschlechterrolle identifizieren, die ihnen üblicherweise bei der Geburt – in der Regel anhand der äußeren Geschlechtsmerkmale – zugewiesen wird. Laut Auskunft der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag gibt es in Deutschland 1 487 Sexualberatungsstellen und 1 495 Erziehungsberatungsstellen für Eltern, Kinder und Jugendliche, die auch Sexualberatungen anbieten. Betroffene und andere Interessierte können Auskunft zu Selbsthilfegruppen und Beratungsstrukturen bei der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V. (www.dgti.info) erhalten. Auch können sich transsexuelle und intersexuelle Minderjährige beziehungsweise deren Eltern im Fall von Diskriminierungen an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wenden und deren Beratungsangebot wahrnehmen. Das bundesweit agierende Jugendnetzwerk Lambda e.V. vertritt die Interessen junger Lesben, Schwuler, Bisexueller und Transgender in der Öffentlichkeit. Lambda bietet für Jugendliche „die In&Out-Jugendberatung an, in der die Jugendlichen in einer Peer-to-Peer-Beratung Unterstützung bei Themen wie Coming-Out, Partnerschaft und Diskriminierung erhalten“. *Quelle: Heute im Bundestag vom 21.3.2012*

AUSBILDUNG UND BERUF

Betriebswirtschaft und Soziale Arbeit. Der Spectrum Sociale e.V. bietet eine Weiterbildung zum Wirtschaften im sozialen Sektor an, die vom Mai 2012 bis zum November 2013 in Königswinter bei Bonn stattfindet.

den wird. Die Maßnahme wird als Grundlagenkurs zur IHK-Weiterbildungsprüfung „Fachwirt im Sozial- und Gesundheitswesen“ anerkannt. Zur Teilnahme berechtigt sind Fachkräfte der Sozialen Arbeit mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und mindestens zweijähriger Tätigkeit im Sozialbereich. Informationen können im Internet unter der URL www.spectrum-soziale.de abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung von Spectrum Sociale 2/2012*

Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit. An der Hochschule Merseburg beginnt im September 2012 der zweite Durchgang des Masterstudiengangs Systemische Sozialarbeit (sysoma). Es ist bundesweit der erste Studiengang, der systemische Ansätze ausdrücklich auf die Sozialarbeit bezieht, sich nicht auf Therapie und Beratung beschränkt und auf die besonderen Anforderungen der Schnittstellen-Profession Soziale Arbeit ausgerichtet ist. Das Studium findet berufsbegleitend statt und richtet sich an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Berufspraxis, die bereits über einen ersten Studienabschluss verfügen. Über die Dauer von zweieinhalb Jahren finden monatliche Präsenzveranstaltungen in Merseburg, Sachsen-Anhalt, statt. Es werden Studiengebühren erhoben. Bewerbungsschluss ist der 15. Juni 2012. Ausführliche Informationen zu Inhalten, Aufbau, Kosten und dem Bewerbungsverfahren sind im Internet unter der URL www.sysoma.de erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung der Hochschule Merseburg vom 23.2.2012*

Studie zur Belegschaftszufriedenheit. Für eine qualitative Studie zu den körperlichen und seelischen Belastungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialwesen wurden Belegschaftsangehörige verschiedener Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe befragt. Die frei durchgeführte Studie der Agentur Hildebrandt und Röder weist nach, unter welchen Problemen die Beschäftigten in sozialen Berufen leiden und woher ihre Unzufriedenheit rührt. Sie identifiziert Bereiche, in denen Veränderungsbedarf besteht und leitet daraus Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation der Mitarbeitenden ab. Dass es dringend geboten sei, gegen den drohenden Personalnotstand anzugehen, zeigten die überdurchschnittlich hohen Krankenstände und Fluktuationsraten in allen sozialen Berufen. Wegen der hohen Belastungen steigen viele Beschäftigte vorzeitig aus dem Beruf aus. Dies werde in Zukunft zu einem Fach- und Führungskräftemangel im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen führen. Die Studie „Belastungssituationen bei Mitarbeitern in Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und Wege zu ihrer Bewältigung“ kann unter der Telefon- und Faxnummer 03 37 62/22 55 49 kostenlos angefordert werden. *Quelle: Pressemitteilung von Hildebrandt und Röder Kommunikationsberatung vom 6.3.2012*

10.-11.5.2012 Berlin. Seminar: Erfolgsfaktoren eines wirksamen Integrationsmonitorings. Information: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Frau Bettina Leute, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-148, E-Mail: leute@difu.de

24.5.2012 Köln. JuraHealth Congress 2012: Umgang mit Gewalt in Medizin und Pflege. Information: PWG-Seminare, Salierring 48, 50677 Köln, Tel.: 02 20/951 58 40, E-Mail: info@pwg-seminare.de

1.6.2012 Berlin. Fachtagung: Klinische Sozialarbeit als Förderung sozialer Kompetenzen. Information: Institut für Soziale Gesundheit, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Prof. Dr. Karlheinz Ortman, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel.: 030/50 10 10 62, E-Mail: karlheinz.ortmann@khsb-berlin.de

5.6.2012 Münster. Forum des Fachverbandes für Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung FINSOZ e.V.: Office-Anwendungen in der Sozialwirtschaft. Information: FINSOZ e.V., Albertinenstraße 20, 13086 Berlin, Tel.: 030/96 249-235, E-Mail: bettina.vonplotho@finsoz.de

11.6.2012 Berlin. Fachtagung: Elternschaft und Suchterkrankung. Information: Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe, Altensteinstraße 51, 14195 Berlin, Tel.: 030/843 123-55, E-Mail: gvs@sucht.org

14.-15.6.2012 Wiesbaden. 7. Fachforum: Hauptsache: gesund – aber wie? Information: LAG Wohnen Geschäftsstelle, c/o Behinderten-Werk Main-Kinzig e.V., Tel.: 06 051/92 18 12, E-Mail: info@lagwohnen.de

16.6.2012 Bonn. Fachtag des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik (BHP): Inklusion kommt – Herausforderung für alle. Information: Berufsverband der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen Fachverband für Heilpädagogik (BHP) e.V., Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhponline.de

18.-20.6.2012 Heidelberg. 25. Heidelberger Kongress des Fachverbandes Sucht e.V.: Meilensteine der Suchtbehandlung. Information: Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, E-Mail: u.reingen@sucht.de

19.6.-20.6.2012 Herrsching am Ammersee. Fachkongress: Netzwerke = Nutzwerke? Kooperationen auf dem Prüfstand. Was haben sich Kommunalpolitiker, Leiter von sozialen Organisationen und Unternehmen zu sagen? Information: Fortbildungsinstitut, Lebenshilfe-Landesverband Bayern e.V., Frau Manuela Gruber, Tel.: 09 131/ 75 46 1-45, E-Mail: manuela.gruber@lebenshilfe-bayern.de